



Antrag für die 2. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung am 21.06.2024

Unsere Bildung, unsere Zukunft: Studierende in den Mittelpunkt einer progressiven Hochschulpolitik

Seit Jahren sehen wir die Tendenz, dass Novellen des Universitätsgesetzes hauptsächlich mit Verschlechterungen der Studienbedingungen einhergehen. Im April 2024 hat das Bildungsministerium einmal mehr ein Hochschulpaket präsentiert, das die Studierendenrechte scharf einschneidet. Erneut kommt es dadurch zu Verschlechterungen im Bildungssystem durch weitere Zugangsbeschränkungen und Einschränkung der Rechte des Senats, des einzigen Kollegialorgans, in dem Studierende ein Mitspracherecht haben.

Hier versagt die Bundesregierung auf voller Linie! Einmal mehr wurde uns damit gezeigt, dass sie kein Interesse daran hat, die Studienbedingungen tatsächlich zu verbessern.

Es muss im Interesse des Bildungsministeriums liegen, Bildung für alle zu ermöglichen und sie nicht weiter zu beschränken. Es braucht hier eine Bundesregierung und ein Bildungsministerium, die sich für die Studierenden einsetzen und somit aktiv für mehr Studienplätze, bessere soziale Absicherung und mehr studentische Mitbestimmung sorgt.

Solange das Bildungsministerium aber gegen uns kämpft, ist es umso wichtiger unsere Stimme als ÖH lautstark zu nutzen. Im Zuge der Nationalratswahlen muss progressive Hochschulpolitik von Seiten der ÖH breit thematisiert und eingefordert werden, um die Wichtigkeit dieser weiter hervorzuheben und somit zu einem zentralen Thema im Nationalratswahlkampf zu machen.

Die Thematisierung von Seiten der ÖH soll auf verschiedenste Arten gestaltet werden. Einen großen Teil sollen hierbei unterschiedliche Ausgestaltungen von Öffentlichkeitsarbeit spielen. Es soll neben Social Media Arbeit auch mindestens eine Presseaussendung mit den (bildungspolitischen) Forderungen für eine progressive Hochschulpolitik geben, genauso wie gegebenenfalls Pressekonferenzen und Medienaktionen. Durch die regelmäßige Thematisierung sollen unsere Forderungen den Diskurs rund um die Bildungspolitik der Parteiprogramme beeinflussen.

Damit darf es aber nicht vorbei sein! Die Thematisierung von progressiver Bildungspolitik durch die Parteien darf nicht nur als Wahlkampfloskel funktionieren. Die ÖH ist also unbedingt dazu aufgehalten rund um die Koalitionsbildung weiter darauf zu drängen, dass es in der folgenden Legislaturperiode zu tatsächlichen Verbesserungen der Studienbedingungen kommt.

Die 2. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2024 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft bringt progressive Hochschulpolitik, gesellschaftspolitische Forderungen und Inhalte im Rahmen eines Forderungspapiers in den Nationalratswahlkampf ein.



VERBAND SOZIALISTISCHER
STUDENT_INNEN



- Das Vorsitzteam bemüht sich im Rahmen des Nationalratswahlkampfes und den Koalitionsverhandlungen um Termine mit Parlamentsparteien, um progressive Forderungen in die Arbeit der nächsten Bundesregierung zu tragen. Themen, die dabei behandelt werden sollen, sind unter anderem die Abschaffung von Zugangsbeschränkungen, der Ausbau von staatlicher Unterstützung und sozialer Absicherung für Studierende und die erneute Stärkung der Kompetenzen des Senats.
- Die Thematisierung progressiver Hochschulpolitik soll durch unterschiedliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit passieren. Neben Pressearbeit rund um die Forderungen der ÖH sollen außerdem die bildungspolitischen Programme der Parteien auf Social Media vorgestellt werden.